

Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordination

Baustellenordnung

Stand Rev. 2 (07/2022)

Bekanntmachung für alle beteiligten Unternehmen

Bauvorhaben:

Krankenhaus Wittmund
2. BA - Neustrukturierung der Pflege
Neubau Bettenhaus
Dohuser Weg 10
26409 Wittmund

Bauherr:

Krankenhaus Wittmund gGmbH
Dohuser Weg 10
26409 Wittmund

Oldenburg, 11.07.2022

Diese Baustellenordnung ist gültig ab: Baubeginn bzw. Übergabe an den Bauherrn / auf der Baustelle!

Inhaltsverzeichnis

1.	Allgemeines	4
1.1.	Geltungsbereich	4
1.2.	Grundsätzliches, vertragliche Verpflichtungen	4
1.3.	Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordination	5
1.4.	Besprechungen	6
1.5.	Unterweisungen	6
1.6.	Überwachung des Arbeitsschutzes	7
1.7.	Berichterstattung, Meldepflichten	7
1.8.	Meldung von Unfällen / Schadensfällen	7
1.9.	Meldung gefährlicher Situationen und Arbeiten	7
1.10.	Meldung an Behörden, Genehmigungen bzgl. Arbeitssicherheit u. Gesundheitsschutz	7
1.11.	Beauftragung von Nachunternehmern (Sub-Unternehmern)	8
1.12.	Zutritt zur Baustelle	8
1.13.	Baustellenverweis	8
1.14.	Arbeitsplätze	8
1.15.	Überwachungsbedürftige Anlagen	8
1.16.	Gefahrstoffe	8
1.17.	Funksprechverkehr	9
1.18.	Luftverkehr	9
1.19.	Freileitungen	9
1.20.	Unwetter	9
1.21.	Corona-Pandemie	9
2.	Arbeitssicherheit auf der Baustelle	10
2.1.	Arbeitsplätze und -verfahren	11
2.2.	Arbeits-, Betriebsmittel	11
2.2.1.	Allgemeines	11
2.2.2.	Krane, mobile Krane	12
2.2.3.	Seitenschutz an Bedienungsständen	12
2.2.4.	Elektrische Betriebsmittel	12
2.2.5.	Gerüste, Zugänge, Absturzsicherungen	13
2.2.6.	Leitern	14
2.3.	Arbeitsstoffe	15
2.4.	Arbeitszeit	15
2.5.	Persönliche Schutzmaßnahmen / Persönliches Verhalten	15
2.6.	Sonstige Maßnahmen	16
2.6.1.	Personal	16
2.6.2.	Drogenmissbrauch	16
2.6.3.	Essen und Trinken / Genussmittel	16
2.6.4.	Arbeitsmedizinische Vorsorge	16
2.6.5.	Verursacherprinzip	16
3.	Baustellenbezogene, organisatorische Maßnahmen	16
3.1.	Baustelleneinrichtung / Baustelleneinrichtungsplan	16
3.2.	Winterbau, winterfeste Arbeitsplätze	17
3.3.	Reinhaltung der Baustelle und Arbeitsstätten	17
3.4.	Anweisungen	18
3.4.1.	Allgemeines	18
3.4.2.	Rückbau-, Demontagearbeiten / Rückbau-, Demontageanweisungen	18
3.4.3.	Montagearbeiten / Montageanweisungen	18
3.4.4.	Arbeiten an vorhandenen / fertiggestellten Bauteilen	19
3.4.5.	Arbeitsfreigaben	19
3.5.	Baustellensicherung	19
3.5.1.	Baustellenbesucher	19
3.5.2.	Verkehrssicherungen	20
3.6.	Baustellenverkehr	20
3.7.	Tagesunterkünfte (Pausen- und Bereitschaftsräume), sanitäre Anlagen und Waschstellen auf Baustellen	20

3.8.	Baustellenversorgung	20
3.8.1.	Baustromversorgung	20
3.8.2.	Baustellenbeleuchtung	21
3.9.	Baustellenentsorgung, Wasserhaltung	21
4.	Brand- und Explosionsschutz	21
5.	Blitzschutz	22
6.	Lärmschutz, Erschütterungen	22
7.	Erste Hilfe / Notrufliste / Sanitätsraum	22
8.	Umweltschutz / Boden- und Gewässerschutz / Abfall	22

1. Allgemeines

1.1. Geltungsbereich

Diese Baustellenordnung gilt räumlich und zeitlich für die Ausführung des vorgenannten (sh. Deckblatt) Bauvorhabens. Pläne zur Lage und Anbindung der Baustelle sind in den entsprechenden Planungsunterlagen enthalten oder werden den Unternehmen gemäß ihrem Auftrag durch den Auftraggeber (AG) zur Verfügung gestellt. Die Baustellenordnung gilt personell für alle auf der Baustelle tätigen Personen.

1.2. Grundsätzliches, vertragliche Verpflichtungen

Alle Auftragnehmer sind verpflichtet, die baustellenspezifischen Regelungen des Sicherheits- und Gesundheitsschutzes (z.B. SiGe-Plan, Baustellenordnung) zu berücksichtigen und deren Befolgung durch die von ihnen eingesetzten Mitarbeiter zu gewährleisten.

Diese Baustellenordnung ist allen an der Ausführung des Bauvorhabens beteiligten Auftragnehmern (AN) durch die Ablage in der SiGeKo-Akte (geeigneter Standort auf der Baustelle (BE Container) (oder Aushang an anderer benannter Stelle auf der Baustelle) zugänglich. *Der Auftragnehmer ist verpflichtet, seine Beschäftigten und von ihm beauftragte Nachunternehmer über den Inhalt dieser Baustellenordnung zu unterweisen.*

Die Einhaltung der Baustellenordnung ist Teil der Vertragserfüllung und von allen beteiligten Auftragnehmern zu beachten.

Dem Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinator (Koordinator nach Baustellenverordnung, nachfolgende Koordinator genannt) muss diese Unterweisung schriftlich nachgewiesen werden können.

Einsprüche gegen die dort getroffenen Festlegungen sind schriftlich an den Bauherrn / Auftraggeber (AG) zu richten.

Die Koordination der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes für das Bauvorhaben ersetzt in keinem Fall das Arbeitsschutzmanagement der beteiligten Auftragnehmer (AN). Deshalb ist jeder beteiligte AN verpflichtet, die bestehenden rechtlichen Bestimmungen in Bezug auf die Sicherheit und den Gesundheitsschutz der Beschäftigten einzuhalten.

Das gilt insbesondere für:

- Arbeitsschutzgesetz (ArbSchG)
- Produktsicherheitsgesetz (ProdSG)
- Staatliche Arbeitsschutzvorschriften
- Unfallverhütungsvorschriften der gesetzlichen Unfallversicherungsträger (DGUV-V's, bisherige Bez. BGV usw.)
- Straßenverkehrsordnung, RSA 21 usw.
- Betriebssicherheitsverordnung (BetrSichV)
- Gefahrstoffverordnung (GefStoffV)
- Biostoffverordnung (BioStoffV)
- Zutreffende Technische Regeln für Gefahrstoffe (TRGS)
- Arbeitsstättenverordnung (ArbStättV)
- Technische Regeln für Arbeitsstätten (ASR)
- DIN-Normen und VDE-Bestimmungen
- Sicherheitstechnische, arbeitsmedizinische, hygienische und arbeitswissenschaftliche Regeln
- Gesetze, Verordnungen, Arbeitsschutzregeln im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie (Coronavirus SARS-CoV-2 und COVID-19 Erkrankung), akt. Fassung sofern noch zutreffend

Grundlage für eine erfolgreiche Koordination ist die rechtzeitige und zuverlässige Weitergabe aller Informationen an den Koordinator. Dies gilt insbesondere für die relevanten Aspekte bzgl. der Gewährleistung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes auf der Baustelle.

Aufgrund dessen sind die beteiligten Auftragnehmer verpflichtet, dem Koordinator vor dem Beginn ihrer Tätigkeit am Bauvorhaben und während der Ausführung ihrer Arbeiten diese Informationen zu übermitteln. Gemäß den allgemeinen Arbeitsschutzgrundlagen haben die Auftragnehmer eine Gefährdungsbeurteilung gem. Arbeitsschutzgesetz der auf der Baustelle durchzuführenden Arbeiten Ihres Unternehmens zu erstellen und auf der Baustelle vorzuhalten. Der AG behält sich vor, diese Unterlagen abzufordern.

Daraus resultierend haben sie zur Verhütung von Arbeitsunfällen Einrichtungen vorzusehen, sowie Anordnungen und Maßnahmen zu treffen, die den Bestimmungen der Unfallverhütungsvorschriften und im Übrigen den allgemein anerkannten sicherheitstechnischen und arbeitsmedizinischen Regeln entsprechen. Der Hauptauftragnehmer ist dabei auch für die Ein-/Unterweisung und Überwachung der von ihm beauftragten Nachunternehmer und deren Mitarbeiter verantwortlich.

Das Bauvorhaben findet auf dem Gelände und während des laufenden Krankenhausbetriebes statt, daher sind folgende Besonderheiten zu beachten:

Die Arbeitszeiten im Bereich des Krankenhauses sind grundsätzlich einzuhalten:
Montag bis Freitag 7:00 bis 19:00 Uhr, samstags nur nach Voranmeldung beim Bauherrn und der Bauüberwachung (BÜ), sonn- und feiertags darf nicht gearbeitet werden.

Es besteht keine Möglichkeit Räume im Gebäude für Materiallagerung bzw. Personalaufenthalt zu benutzen. Die Anlieferung erfolgt über die ausgewiesene Baustraße, vom Dohuser Weg aus.
Zur Andienbarkeit und Zugänglichkeit der Baustelle siehe auch den Baustelleneinrichtungsplan.
Nur angemeldete Fahrzeuge dürfen das Gelände befahren. Auf Fußgängerverkehr ist besondere Rücksicht zu nehmen.

Aufgrund des laufenden Krankenhausbetriebes sind alle AN verpflichtet zur Rücksichtnahme gegenüber den betrieblichen Belangen, z. B. Arbeiten Staub-, Lärm- und Erschütterungsarm durchzuführen, durch staub- und lärmarmen Fahrverkehr, Be-/Entladearbeiten etc.

Auf dem Gelände gilt die Hausordnung des Krankenhauses Wittmund sowie die Betriebsanweisung für das Arbeiten von Fremdfirmen in der jeweiligen aktuellen Fassung. Diese sind ebenfalls Bestandteil der Ausschreibungsunterlagen

Eventuelle bauliche Aktivitäten, die den allgemeinen Betriebsablauf auf dem Gelände beeinträchtigen, sind mit einem Vorlauf von mindestens **fünf** Arbeitstagen, bei gravierenden Beeinträchtigungen mit einem Vorlauf von **14 Kalendertagen**, mit dem Bauherrn, dem Auftraggeber bzw. mit der Bauleitung des Auftraggebers abzusprechen. Der Koordinator ist ebenfalls zu informieren. Die hierfür erf. Maßnahmen sind durch den AN einzuhalten.

Es müssen sowohl für Abbruch- als auch für Montagearbeiten schriftliche Anweisungen auf der Baustelle vorliegen, die alle erforderlichen sicherheitstechnischen Angaben enthalten (Arbeitsablauf, auftretende Gefährdungen - z. B. Absturz, herabfallende Gegenstände - und entsprechende Sicherungsmaßnahmen - z. B. Einsatz von Hebegerät (z. B. Kran), Hebebühnen, fahrbaren Gerüsten, PSA gegen Absturz, erforderliche Absperrungen). Die Anweisungen sind vor Beginn der Arbeiten dem Koordinator auszuhändigen.

Der erarbeitete SiGe-Plan basiert im wesentlichen auf den im Bauzeitenplan des Entwurfsverfassers bzw. des AN getroffenen Angaben (Termine, Gewerkeablauf usw.). Falls sich hier wesentliche Änderungen ergeben, muss der Koordinator durch den AG / die Bauleitung des AG informiert werden.

1.3. Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordination

Für das Bauvorhaben ist vom Bauherrn / Auftraggeber ein Koordinator für die Sicherheit und den Gesundheitsschutz (Koordinator gemäß Baustellenverordnung, nachfolgend Koordinator genannt) beauftragt worden.

Wesentliche Aufgabe des Koordinators ist das Festlegen von Maßnahmen zur Verringerung gegenseitiger Gefährdungen und zur gemeinschaftlichen Nutzung von Schutzeinrichtungen und Bauhilfskonstruktionen, wie z. B. Gerüste usw. Solche Festlegungen sind / werden im Sicherheits- und Gesundheitsschutzplan dokumentiert.

Diese Baustellenordnung enthält Regelungen zur Organisation, Koordination und Überwachung des Baustellenbetriebes und umfaßt Maßgaben zur Arbeitssicherheit, die in wesentlichen Verordnungen für alle am Bauvorhaben beteiligten Auftragnehmer festgelegt wurden.

Die Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordination erfolgt u. a., wenn sich durch räumliche und zeitliche Nähe von Arbeiten verschiedener Gewerke zusätzliche Gefährdungen ergeben.

In der Verantwortung des Koordinators liegt die Koordinierung gemeinschaftlicher Fragen der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes. Er schafft Voraussetzungen, bringt Initiativen auf den Weg und „überprüft“ im Rahmen seiner Baustellenbesuche deren Umsetzung.

Dennoch ist jeder Auftragnehmer (Arbeitgeber) weiterhin verantwortlich für die Sicherheit und Gesundheit seiner Beschäftigten, diese Aufgabe schließt auch Unterweisung, Einweisung, Beratung und Aufsicht ein.

Die Auftragnehmer haben bei der Weitervergabe von Arbeiten weiterhin der Abstimmungspflicht mit anderen Unternehmen gemäß § 5 Baustellenverordnung, § 8 Arbeitsschutzgesetz und § 6, Abs. 2 der DGUV-V 1 nachzukommen.

Darüber hinaus bleibt die Eigenverantwortung des Auftragnehmers und seiner Nachunternehmer für ihren jeweiligen Zuständigkeitsbereich gemäß VOB/B, § 4, unberührt.

Vorgenannte Aspekte stehen daher nicht im Mittelpunkt der Sicherheits- und Gesundheitskoordination. Die Dokumente, die die Unternehmen zur Erfüllung ihrer Arbeitsschutzpflichten erstellen müssen und die im Zusammenhang mit dem Bauvorhaben stehen, sind dem Koordinator auf dessen Verlangen vorzulegen. Der Koordinator hat das Recht, das in den Unternehmen installierte Arbeitsschutzmanagement zu überprüfen soweit es mit der Tätigkeit am Bauvorhaben im Zusammenhang steht.

Wenn die AN weitere AN (Nachauftragnehmer, NU) mit der Erfüllung ihrer (Teil-) Aufgaben beauftragen, müssen deren Tätigkeiten ebenfalls in den Sicherheits- und Gesundheitsschutzplan (soweit dieser erforderlich wurde) aufgenommen werden. Dem Koordinator sind also Auftragsvergaben an Nachunternehmer mitzuteilen, sh. auch Zif. 1.11.

Bei weiteren Fragen zur Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordination steht der Koordinator zur Verfügung.

Der erforderliche Versicherungsschutz der beteiligten Unternehmen wird durch die Bestellung des Koordinators nicht verändert.

1.4. Besprechungen

Die Umsetzung von Maßnahmen, die sich aus der Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordination ergeben, können z.B. durch Baustellenbesprechungen erfolgen.

Die beteiligten Auftragnehmer können durch den AG zur Teilnahme an Besprechungen verpflichtet werden. Die einzelnen Auftragnehmer werden hierbei durch den von ihnen benannten Verantwortlichen für das Bauvorhaben vertreten. *(Abweichungen hiervon sind dem Koordinator mitzuteilen.)* Von diesen Vertretern wird erwartet, dass sie konstruktiv mitarbeiten und Bericht erstatten über Ergebnisse und Erfahrungen bezüglich Sicherheit und Gesundheitsschutz der Beschäftigten des Unternehmens.

1.5. Unterweisungen

Alle beteiligten Auftragnehmer bzw. die verantwortlichen Personen (z. B. Bauleiter, Vorarbeiter, Montageleiter etc.) sind verpflichtet, ihre Beschäftigten vor Beginn und in regelmäßigen Abständen während der Tätigkeit am Bauvorhaben neben den allgemeinen und unternehmensbezogenen Arbeitsschutzthemen zu unterweisen (§ 12 Arbeitsschutzgesetz) über:

- **Gegenseitige Gefährdungen auf der Baustelle**
- **Maßnahmen und Vereinbarungen des SiGe-Plans**
- **Änderungen und Ergänzungen während der Bautätigkeiten**

Unterweisungen der Beschäftigten fallen nicht in den Aufgabenbereich des Koordinators.

Die Unterweisungen müssen dem Koordinator durch die Verantwortlichen der beteiligten Auftragnehmer schriftlich nachgewiesen werden.

Dazu kann beispielsweise die Kopie des Unterweisungsnachweises (Register 30 des zum SiGe-Plan zugehörigen SiGe-Ordners) genutzt werden.

Die Auftragnehmer müssen sicherstellen, dass das Personal für die übertragenen Arbeiten geeignet ist (§ 7 und § 13 des Arbeitsschutzgesetzes).

Alle Personen, die gegen Arbeitsschutzbestimmungen bzw. Unfallverhütungsvorschriften verstoßen oder sich den Anweisungen des Bauherrn oder seines Beauftragten widersetzen sind abzurufen und zu ersetzen.

Für alle Beschäftigten müssen Sozialversicherungs- bzw. Arbeitserlaubnisbescheinigungen vorliegen.

Auf der Baustelle müssen die einschlägigen Arbeitsschutzbestimmungen (DGUV's usw.) vorliegen bzw. müssen die Beschäftigten die Möglichkeit haben, diese digital einsehen zu können. Die Verpflichtung der Auftragnehmer bzgl. des Einsatzes von mit Sicherheitsaufgaben betrauten Personen wie z.B.

Sicherheitsfachkräften, Sicherheitsbeauftragten und Ersthelfern bleibt durch die Bestellung eines Koordinators unberührt.

1.6. Überwachung des Arbeitsschutzes

Alle beteiligten Auftragnehmer sind verpflichtet, die Einhaltung der allgemeinen und projektbezogenen Arbeitsschutzmaßnahmen zu überwachen. Die Überwachung ist auf Verlangen des Koordinators nachzuweisen. Dies kann z.B. in Form eines Tätigkeitsberichtes oder einer ausgefüllten Checkliste erfolgen.

Der Koordinator führt Begehungen auf der Baustelle durch und koordiniert deren Umsetzung bzw. die getroffenen Maßnahmen gem. Inhalt des SiGe-Plans, sofern erarbeitet. Auf Verlangen des Koordinators nimmt der Verantwortliche des jeweiligen beteiligten Auftragnehmers an der Begehung teil. Alle Mängel werden den beteiligten Auftragnehmer mündlich und schriftlich mitgeteilt. Die Auftragnehmer sind zur unverzüglichen Abarbeitung der Mängel verpflichtet.

1.7. Berichterstattung, Meldepflichten

Der Auftragnehmer hat in geeigneter Form den Personaleinsatz, den Geräteeinsatz, die Materiallieferungen, die Arbeitsleistungen und den Arbeitsfortschritt zu dokumentieren.

Die Auftragnehmer haben Schutzmaßnahmen, die von den Regelungen des SiGe-Plans abweichen, mit dem Koordinator abzusprechen.

1.8. Meldung von Unfällen / Schadensfällen

Alle Unfälle, bei denen ein

- Arbeitsausfall eines Beschäftigten,
- sonstiger / jeglicher Personenschaden,
- jeglicher Sachschaden

entstanden ist oder ein anderes am Bauvorhaben beteiligtes Auftragnehmer mitbetroffen ist, müssen der Bauleitung des AG und dem Koordinator gemeldet werden.

Siehe hierzu sicherheitsrelevante Baustellenaushänge (z.B. Notrufliste) und auch Ziff. 7.

Die allgemeine Meldepflicht von Unfällen an den gesetzlichen Unfallversicherungsträger (Berufsgenossenschaft) bleibt hiervon unberührt. Die schriftliche Unfallmeldung an den Koordinator kann mit Hilfe der Kopie eines Unfallmeldebogens erfolgen.

1.9. Meldung gefährlicher Situationen und Arbeiten

Gefährliche Situationen und Arbeiten sowie Sicherheitsmängel müssen von jedem Beschäftigten auf der Baustelle unverzüglich an seinen Vorgesetzten gemeldet werden, sofern der Mangel nicht selbst beseitigt werden kann.

Handelt es sich hierbei um gefährliche Situationen und Arbeiten, die von einem anderen beteiligten Auftragnehmer ausgehen oder um eine Gefährdung, die auch Beschäftigte anderer beteiligter Auftragnehmer gefährden können, muss der verursachende / betroffene Auftragnehmer (Vorgesetzte) dies unverzüglich der Bauleitung des AG oder ggf. dem Koordinator melden.

1.10. Meldung an Behörden, Genehmigungen bzgl. Arbeitssicherheit u. Gesundheitsschutz

Die beteiligten Auftragnehmer sind verpflichtet, ggf. geforderte Anzeigen oder Meldungen bei den entsprechenden Behörden oder Einrichtungen sowie beim zuständigen Versicherungsträger (z. B. BG Bau) einzureichen. Dazu gehören beispielsweise:

- Anzeige von Montagearbeiten an die zuständige Berufsgenossenschaft
- Erf. „Verkehrsbehördliche Anordnungen“ (VBA) bzw. Genehmigungen
- Baubehördliche Genehmigungen zur Verwendung bestimmter Baumaterialien
- Luftrechtliche Genehmigung wenn Anlagen ein Hindernis für den Luftverkehr darstellen, z. B. Kranstellungen

Für die Errichtung von Baukränen und/oder anderen Bauhilfsanlagen ist eine luftrechtliche Zustimmung gem. § 12 Luftverkehrsgesetz (LuftVG) erforderlich. Die Antragsunterlagen zur luftrechtlichen Zustimmung sind durch den Auftragnehmer zu erstellen und werden durch den Auftraggeber eingereicht.

Erfordern bestimmte Tätigkeiten eines beteiligten Auftragnehmers behördliche Genehmigungen, so hat er diese rechtzeitig zu beantragen. Der Bauherr / Auftraggeber, die Bauleitung des AG und der Koordinator ist von der Genehmigung der SiGe-relevanten Tätigkeit zu informieren.

1.11. Beauftragung von Nachunternehmern (Sub-Unternehmern)

Leistungen dürfen nur mit dem Einverständnis des Auftraggebers weitervergeben werden.

Generell muss der Koordinator von der Beauftragung von Nachunternehmern unterrichtet werden.

Ihm ist die gesamte Anschrift einschließlich des Tätigkeitsbereiches des Nachunternehmers zu benennen.

Unabhängig von den Aktivitäten des Koordinators vor Beginn der Tätigkeit des beauftragten

Nachunternehmers muss der beauftragende Auftragnehmer den Nachunternehmer auf alle Belange der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes aufmerksam machen, sh. auch Ziff. 1.5. Dazu gehört z. B. auch die Information über die Inhalte dieser Baustellenordnung bzw. der Hinweis darauf.

Der AN hat bei der Vergabe von Arbeiten an andere Auftragnehmer seiner Abstimmungspflicht entsprechend § 8 ArbSchG sowie § 6 Abs. 1 DGUV-V 1 „Grundsätze der Prävention“ nachzukommen.

1.12. Zutritt zur Baustelle

Das Betreten der Baustellenbereiche ist grundsätzlich nur den am Bau beteiligten Firmen, Zulieferern (nach Anmeldung) sowie notwendigen Mitarbeitern des Bauherrn gestattet.

Das Parken ist in den dafür ausgewiesenen Flächen gestattet, sh. Baustelleneinrichtungsplan. Ausnahmen müssen von der Bauleitung des AG schriftlich erteilt werden.

1.13. Baustellenverweis

Personen, die sich nicht an diese Baustellenordnung halten, die einschlägigen Sicherheitsvorschriften missachten oder die vorgeschriebene Persönliche Schutzausrüstung nicht tragen, können ohne Anspruch auf Schadensersatz mit sofortiger Wirkung von der Baustelle verwiesen werden. Das so entstehende Leistungsdefizit ist durch den Auftragnehmer umgehend auszugleichen.

1.14. Arbeitsplätze

Die Auftragnehmer haben dafür zu sorgen, dass Arbeitsplätze entsprechend § 4 und 5 ArbSchG und § 12 DGUV-V 38 so eingerichtet werden, dass eine Gefährdung für Leben und Gesundheit der Beschäftigten möglichst gering gehalten werden.

1.15. Überwachungsbedürftige Anlagen

Überwachungsbedürftige Anlagen nach Abschnitt 9 des Produktsicherheitsgesetzes (ProdSG) dürfen nur im Einvernehmen mit der Bauleitung des AG und dem Koordinator eingerichtet und betrieben werden.

Alle Vorgaben der Betriebssicherheitsverordnung (in aktueller Fassung) sind seitens der beauftragten Auftragnehmer zu beachten. Die Auftragnehmer haben für die vorgeschriebenen Anzeigen, Erlaubnisse und Geräteprüfungen, sowie den sicheren Unterhalt selbst zu sorgen. Die Anlagen und die Genehmigungen / Geräteprüfungen sind dem Koordinator unaufgefordert vorzulegen.

1.16. Gefahrstoffe

Werden gesundheitsgefährliche Arbeitsstoffe, andere Gefahrstoffe (z. B. giftige, ätzende, explosionsgefährliche, brandfördernde, entzündliche Gefahrstoffe) freigesetzt (z. B. gefährliche Stäube, Dieselemissionen) oder eingesetzt, sind zum Schutz der Beschäftigten und der Umwelt erforderliche Maßnahmen nach den geltenden Arbeitsschutz- und Unfallverhütungsvorschriften vom Auftragnehmer festzulegen.

Dieser Umgang ist der Bauleitung des AG und dem Koordinator bekannt zu geben.

Ein Gefahrstofflager darf ohne schriftliche Genehmigung der Bauleitung des AG nicht eingerichtet werden. Die H und P Sätze (H-Sätze mit Hinweisen auf besondere Gefahren sowie P-Sätze mit Hinweisen zur Sicherheit, z. B. erf. Belüftung, Nutzung Atemschutz, Rauchverbot etc.) sowie Sicherheitsdatenblätter und Betriebsanweisungen müssen im Unternehmen vorhanden sein und dem Koordinator auf Verlangen zur Einsicht vorgelegt werden.

Beschäftigte sind vor Umgang mit Gefahrstoffen zu unterweisen. Leicht entzündliche Stoffe dürfen nur in Mengen, die für den Fortschritt der Arbeit erforderlich sind, am Arbeitsplatz vorgehalten werden. An diesen Arbeitsstellen hat der Auftragnehmer geeignete Löscheinrichtungen bereitzustellen. Die Auftragnehmer müssen beim Einbau, Verbau von Gefahrstoffen ein sogenanntes Baustoffkataster erstellen und dieses sowohl dem Auftraggeber als auch dem Koordinator unaufgefordert vorlegen.

Die Bestimmungen aus dem „Gefahrstoff- und Gefahrgutrecht“ (Transport, Umgang usw.) sind einzuhalten. Die einschlägigen technischen Regeln für den Umgang mit Gefahrstoffen (TRGS) sind ebenfalls konsequent zu beachten und einzuhalten. Weiterhin sind die allgemein anerkannten sicherheitstechnischen, arbeitsmedizinischen und hygienischen Regeln zu befolgen.

1.17. Funksprechverkehr

Bei Funksprechverkehr sind Gerätezahl und -typ sowie die verwendete Frequenz der Bauleitung des AG zu melden und die Nutzungsberechtigung hierfür ist einzuholen. Die Anforderungen des Post- und Fernmeldewesens sind einzuhalten.

1.18. Luftverkehr

Das Bauvorhaben ist in der Nähe des Hubschrauberlandeplatzes des Krankenhauses geplant. Zu den vorh. Einflugschneisen siehe Sektorenplan Hubschrauberlandeplatz der Luftfahrtbehörde bzw. Baustelleneinrichtungsplan.

Die Sicherheitsabstände zu den Einflugschneisen der Hubschrauber sind in die Stellung der Kräne und deren Schwenkbereiche zu berücksichtigen und einzuhalten.

Im Baustraßenverlauf gibt es Ampelsysteme, um bei Flugeinsatz die Sicherheitszonen freizuhalten.

Das geltende Luftfahrtrecht ist einzuhalten.

Grundsätzlich ist für die Einrichtung von Kränen und/oder anderen Bauhilfsanlagen eine luftrechtliche Zustimmung gem. Luftverkehrsgesetz (LuftVG) erforderlich.

Der Genehmigungsantrag ist mind. 3 Wochen vor der Errichtung von Baukränen etc. bei der zuständigen Behörde zu stellen.

Während des Flugbetriebes, Start- und Landephase (Schwebeflug), kommt es zu starken Luftverwirbelungen durch Abwind, die bei Erfordernis im jeweiligen Arbeitsablauf zu berücksichtigen sind. Das Parken oder die Lagerung von Materialien, Bodenaushub im Bereich der Einflugschneise ist untersagt, sh. Baustelleneinrichtungsplan.

Weitere Aspekte, wie z. B. erf. Einhausungen von Gerüsten etc. sind ebenfalls bei der Bauleitung unter o. g. Einschränkungen anzumelden und abzustimmen.

1.19. Freileitungen

Entfällt!

1.20. Unwetter

Der Aufsichtsführende des Auftragnehmers hat sich vor Aufnahme der Arbeiten über die Wetterlage und die damit zusammenhängenden Wetter- und Warnnachrichten zu informieren. Treten durch die Wetterlage Gefährdungen der Mitarbeiter auf, sind die Arbeiten solange zu unterbrechen, bis entweder die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen getroffen wurden oder die veränderte Wetterlage ein Weiterarbeiten gefahrlos zulässt.

Als Grundlage von Unwetterwarnungen dienen ausschließlich die Daten des Deutschen Wetterdienstes, vor allem diejenigen für Sturm / Orkan, Gewitter und Starkregen.

1.21. Corona-Pandemie

U. a. sind grundsätzlich folgende Gesetze, Verordnungen usw., sofern noch zutreffend, in Ihrer akt. Fassung einzuhalten, in denen auf zusätzliche Maßnahmen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes hingewiesen wird:

- Infektionsschutzgesetz (IfSG)
- Niedersächsische Corona-Verordnung
- SARS-CoV-2-Arbeitsschutzverordnung (Corona-ArbSchV)
- SARS-CoV-2-Arbeitsschutzstandards (BG Bau)

„Die Auftragnehmer/Arbeitgeber haben gem. §§ 5 und 6 ArbSchG die Gefährdungsbeurteilung hinsichtlich erf. Maßnahmen zum betrieblichen Infektionsschutz an den Arbeitsplätzen zu überprüfen und zu aktualisieren. Auf dieser Grundlage sind die erf. Maßnahmen in einem Hygienekonzept festzulegen, umzusetzen und auf ihre Wirksamkeit zu überprüfen.“

Bauherr (Auftraggeber), Bauleitung des AG behalten sich ebenfalls vor, die Vorgaben bzw. die Dokumentation stichprobenhaft zu prüfen. Bitte halten Sie hierfür die Dokumentation bereit.

U. a. sind folgende organisatorische Empfehlungen hier sinnvoll:

- Möglichst Sicherheitsabstände von min. 1,5 m einhalten. Soweit arbeitsbedingt die Abstandsregel nicht eingehalten werden kann, sollte Mund-Nasen-Bedeckung (Medizinischer Mund-Nasen-Schutz, FFP 2 Maske) getragen werden.
- Bereitstellung von Sanitäreinrichtungen mit ausreichender Anzahl an Handwaschgelegenheiten mit fließendem Wasser, Seife und Einmalhandtüchern. Sanitäreinrichtungen sind täglich zu reinigen.
- Hygieneregeln beachten, z.B. regelmäßige Handhygiene sicherstellen
- In die Armbeuge husten und niesen
- Die Pausenräume / –bereiche sind zwischen den einzelnen Nutzungen zu lüften und Oberflächen täglich zu reinigen.
- Zeitliche Unterbrechungen zwischen den jeweiligen Nutzungen vorsehen.
- Erfassen der Beschäftigten, welche die Baustelle betreten und verlassen (Zugang- bzw. Anwesenheitskontrollen im Falle von Kontaktrückverfolgung). Gilt projektbezogen für Arbeiten im Kernbereich Altbau!
- Anzahl der Beschäftigten, die gemeinsam in einem Fahrzeug zur Baustelle an- und abreisen, auf das notwendige Maß begrenzen
- Information der Beschäftigten auf der Baustelle über die notwendigen, einzuhaltenden Schutzmaßnahmen. Unterweisen Sie die Beschäftigten über die hohe Infektionsgefahr des Corona-Virus und der damit dringenden Erforderlichkeit der Einhaltung von Hygieneregeln.
- Impfen lassen. Zutritt Bestandsbereiche Krankenhaus nur mit Impfnachweis und akt. Corona-Test

2. Arbeitssicherheit auf der Baustelle

Generell werden von den beauftragten Auftragnehmern die Vorlage der Gefährdungsbeurteilungen gemäß § 5 und 6 des Arbeitsschutzgesetzes an den SiGe-Ko erwartet, sh. auch 3.4.1

2.1. Arbeitsplätze und -verfahren

Tiefbau:

Bei jedem Eingriff in den Boden müssen Informationen von den entsprechenden Stellen über vorh. Leitungen usw. eingeholt werden. Vor Beginn der Arbeiten sind darüber hinaus Erkundungen über evtl. vorhandene Kontaminierungen und Kampfmittel etc. einzuholen.

Unter Betrieb stehende und bleibende Leitungen dürfen in ihrer Funktion nicht beeinträchtigt werden.

Notfalls müssen durch Erkundungshandschachtungen z. B. Leitungen geortet und überprüft werden, ob die Leitungspläne dem tatsächlichen Stand vor Ort entsprechen.

Der Auftragnehmer hat Abweichungen umgehend der Bauleitung des AG anzuzeigen.

Beschädigungen an z. B. vorh. Leitungssysteme etc. sind unverzüglich der Bauleitung des AG zu melden.

Bei Erfordernis müssen die Beschäftigten die Arbeit sofort einstellen und den Gefahrenbereich absperren.

Für die Ausführung von **Erdarbeiten** sind die Bestimmungen § 4 ArbSchG, DIN 4124 „Baugruben und Gräben“ sowie der DGUV-V 38 „Bauarbeiten“ einzuhalten.

Die Absicherung von Baugruben und Gräben in oder in der Nähe von öffentlichem / internem Verkehrsraum ist vom Auftragnehmer, unter Berücksichtigung der Vorgaben des Auftraggebers bzw. der Bauleitung, ggf. mit den zuständigen Behörden, abzustimmen.

Gefährden besondere Einflüsse, wie zum Beispiel Grundwasserabsenkungen, Erschütterungen (DIN 4124 „Baugruben und Gräben“) die Standsicherheit von unverbauten Baugruben- und Grabenwänden, so hat der Auftragnehmer die Standsicherheit besonders zu überprüfen.

Unplanmäßiges Ausheben von Gruben und Gräben, das Eintreiben von Pfählen und Metallstangen bedarf der vorherigen Zustimmung der Bauleitung des AG, bzw. des Koordinators.

Sofern die Ausführung von **Verbauarbeiten** erf. wird, sind u. a. die Bestimmungen § 4 ArbSchG, EAU "Empfehlungen des Arbeitskreises Ufereinfassungen" sowie der DGUV-V 38 „Bauarbeiten“ einzuhalten. Des Weiteren sind die „Regeln für Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit im Spezialtiefbau“ DGUV Regel 101-008 zu beachten.

Der **Verbau** und seine Teile müssen vom Auftragnehmer während der Bauausführung regelmäßig überprüft werden (DIN 4124 "Baugruben und Gräben").

Hochbau / hochgelegene Arbeitsplätze:

Bei jedem Eingriff in das Bauwerk müssen Informationen von den entsprechenden Stellen über vorh.

Leitungen usw. eingeholt werden. Für den Fall von eventuellen Beschädigungen vorh. Leitungssysteme etc. ist ebenfalls unverzüglich die Bauleitung des AG zu informieren.

Bei Erf. müssen die Beschäftigten die Arbeit sofort einstellen und den Gefahrenbereich absperren.

Hochgelegene Arbeitsplätze und Verkehrswege, abhängig von der Absturzhöhe, dürfen erst benutzt werden, wenn die Sicherheitseinrichtungen bzw. Maßnahmen gegen Abstürzen eingerichtet wurden und vom Aufsichtführenden überprüft worden sind. Gemäß der ASR A2.1 „Schutz vor Absturz und herabfallenden Gegenständen, Betreten von Gefahrenbereichen“ liegt bei einer Absturzhöhe von mehr als 1,0 m eine Gefährdung durch Absturz vor.

Gefahrenbereiche unterhalb von Arbeitsplätzen mit Absturzgefährdung sind abzusperren.

Immissionsschutz

Staubemissionen sind sowohl durch Maßnahmen nach dem Stand der Technik zur Staubbegrenzung bei den eingesetzten Maschinen und Arbeitsprozessen als auch durch organisatorische Maßnahmen so weit als möglich zu begrenzen und bereits an Ihrer Quelle zu reduzieren.

2.2. Arbeits-, Betriebsmittel

2.2.1. Allgemeines

Arbeits- bzw. Betriebsmittel (Maschinen und Geräte) müssen den geltenden rechtlichen Vorschriften entsprechen (Produktsicherheitsgesetz mit den entspr. Verordnungen, DGUV Vorschriften / DGUV-Regeln / DGUV-Informationen, DIN-Normen, VDE-Bestimmungen u.a.).

Die beteiligten Auftragnehmer sind verantwortlich für die Einweisung der Beschäftigten im Gebrauch mit den Arbeitsmitteln und für die Überwachung der bestimmungsgemäßen Verwendung.

Darüber hinaus verpflichtet sich der AN, die entsprechenden Nachweise, Bedienungsanleitungen, Aufbauanleitungen, Zulassungsbescheide, Erlaubnisse, Prüf- und Kontrollbücher etc. der Arbeitsmittel grundsätzlich auf der Baustelle vorzuhalten.

Ist für den Einsatz eines Arbeitsmittels eine gesonderte Ausbildung / Qualifikation des Beschäftigten erforderlich, muss der Auftragnehmer diese auch nachweisen (z.B. Erlaubnis / Befähigung für Geräteführer Kran, Bagger, Hebebühne etc.).

Prüfbedürftige Arbeitsmittel der beteiligten Auftragnehmer sind in deren jeweiliger Verantwortung regelmäßig zu prüfen, instandzuhalten und ggf. zu reparieren. Prüfbescheinigungen sind auf der Baustelle mitzuführen und auf Verlangen dem Koordinator vorzuweisen.

Der Standort von ortsgebundenen Arbeitsmittel wird in Abstimmung mit der Bauleitung des AG sowie mit dem Koordinator bestimmt. Für den Fall, dass sich Arbeitsbereiche von Arbeitsmitteln verschiedener beteiligter Auftragnehmer überschneiden, ist der Arbeitsablauf untereinander abzustimmen und der Koordinator zu benachrichtigen.

Schutzmaßnahmen an Arbeits-, Betriebsmitteln dürfen durch die Auftragnehmer (Arbeitnehmer) nicht umgangen, entfernt oder unbrauchbar gemacht werden.

Gefahrenbereiche sind abzusperren. Personen dürfen sich nicht im Gefahrenbereich aufhalten.

Die Aspekte der Betriebssicherheitsverordnung (aktuelle Fassung) sind zwingend in allen relevanten Bereichen von allen Unternehmen zu beachten.

2.2.2. Krane, mobile Krane

Aufbau- und Verwendungsanleitung des Herstellers sind zu beachten. Erforderliche Prüfungen müssen durchgeführt werden, Bedienungspersonen müssen geschulte Kranführer sein und vom Unternehmen schriftlich dazu befähigt worden sein.

Das Kranbuch muss auf Anforderung dem Koordinator vorgelegt werden.

Ist ein Schwenkbereich bauartbedingt erforderlich, so ist dieser für jedermann sichtbar in geeigneter Form abzugrenzen, bei unterdrehenden Kranen sind die Drehbereiche abzusperren. Gleiches gilt für eingesetzte Mobilkräne.

U. a. gilt es folgendes zu berücksichtigen:

- Kran auf tragfähigem Untergrund abstützen und waagrecht ausrichten, lastverteilende Unterlagen verwenden
- Sicherheitsabstand im Bereich von Baugrubenböschungen und Grabenkanten einhalten
- Sicherheitsabstand von mindestens 0,50 m zwischen sich bewegenden Teilen des Kranes und festen Teilen der Umgebung einhalten.
- Kann der Sicherheitsabstand nicht eingehalten werden, gefährdeten Bereich absperren. Hinweis auf Quetschgefahr anbringen.

Beim Einsatz mehrerer Krane, deren Einsatz-(Schwenk-) Bereiche sich überschneiden können, sind besondere Sicherungsmaßnahmen (z. B. Kranordnungen, Vorfahrtsregelungen etc.) festzulegen.

Die Kräne müssen bei Erf. mit Flugbefeuerung (Hindernisleuchte, Gefahrenleuchte) ausgestattet sein. Die regelmäßige / tägliche Prüfung der Befeuerung ist zu gewährleisten.

Die Sicherheitsabstände zu den Einflugschneisen der Hubschrauber sind in die Stellung der Kräne und deren Schwenkbereiche zu berücksichtigen und einzuhalten. Das geltende Luftfahrtrecht ist einzuhalten. Luftrechtliche Genehmigung sind bei Erf. rechtzeitig zu beantragen! Sh. auch Zif. 1.10 und 1.18.

2.2.3. Seitenschutz an Bedienungsständen

Werden Bedienungsstände an Maschinen eingerichtet, bei denen der Standplatz höher als 1 m über einer tragfähigen Fläche liegt, so müssen diese mit einem dreiteiligen Seitenschutz umwehrt werden.

2.2.4. Elektrische Betriebsmittel

Jeweils unternehmenseigene elektrische Anlagen und Betriebsmittel sind ausschließlich von Speisepunkten zu versorgen, die mit einer **FI-Schutzschaltung** (Fehlerstromschutzvorrichtung) ausgerüstet sind.

Ist kein Baustromverteiler mit FI vorhanden, sind von den Unternehmen ortsveränderliche Schutzverteiler/ Schutzvorrichtungen vorzuhalten und zu benutzen.

Der Haupt-Baustrom-Verteilerkasten muss von einer Elektro-Fachkraft eingerichtet, sorgfältig geerdet, geprüft und schriftlich freigegeben werden. Die Baustromversorgung mit FI-Schutz wird erst nach Beendigung aller Arbeiten rückgebaut.

Alle elektrischen Anlagen und Betriebsmittel müssen den einschlägigen elektrotechnischen Regeln entsprechen und nachweislich auf ihren ordnungsgemäßen Zustand geprüft sein. **Besondere Sorgfalt ist auf die ausreichende Erdung der Baustromversorgung zu legen.**

Alle beweglichen Kabel müssen baustellengeeignet sein (Gummischlauchleitungen). Beschädigte Leitungen (z. B. Isolierungen, Stecker, Zugentlastung) sind unverzüglich außer Betrieb zu nehmen und auszutauschen oder erst nach Instandsetzung durch eine Elektrofachkraft wieder einzusetzen.

Die Bestimmungen des Produktsicherheitsgesetzes sind einzuhalten.

- Arbeiten in der Nähe unter Spannung stehender aktiver Teile elektrischer Anlagen und Betriebsmittel dürfen nur durchgeführt werden, wenn die DGUV-V 3 eingehalten wird.
- Alle Anlagen und Betriebsmittel müssen die gesetzlichen Prüfzeichen aufweisen und entsprechend DGUV-V 3 ständig überwacht sein.
- Die Prüfbescheinigungen sind auf der Baustelle vorzuhalten.

Das Betreten von Transformatoren, Kraftverteilern und Baustromverteilern ist verboten.

2.2.5. Gerüste, Zugänge, Absturzsicherungen

Sofern Auftragnehmer Arbeits-, Schutz- und Traggerüste einsetzen, muss der Gerüstersteller diese auf die ordnungsgemäße Montage und die sichere Funktion prüfen lassen.

Die Prüfung darf nur von einer hierzu befähigten Person durchgeführt werden.

Vor der Übergabe an den Nutzer sind die Ergebnisse der Prüfung in Form eines Prüfprotokolls zu dokumentieren.

Darüber hinaus ist das Gerüst anschließend an gut einsehbarer Stelle mit einem Freigabeschild zu kennzeichnen.

Hier sind u. a. folgende Angaben zu kennzeichnen:

- Art des Gerüsts, z. B. Arbeits- und /oder Schutzgerüst
- Last- und Breitenklasse
- Name und Anschrift des Gerüsterstellers
- Datum der Prüfung nach der Montage.

Von Ebenen, die mit Aufzügen, Transportbühnen oder Treppen erschlossen sind, dürfen zusätzlich maximal zwei weitere, nicht umlaufende Gerüstlagen (zb. Giebelbereiche, Staffelgeschoss) mit innenliegenden Leitergängen begangen werden. Der innenliegende Zugang ist bis zu einer Aufstiegshöhe von 5 m zulässig. Ab 5 m Aufstiegshöhe ist ein Treppenturm als Zugang zu erstellen.

Auch im Montagezustand muss die Standsicherheit stets gewährleistet sein.

Sind bestimmte Teile eines Gerüsts nicht einsatzbereit –insbesondere während des Auf-, Um- und Abbaus – sind diese mit dem Verbotsschild „Zutritt für Unbefugte verboten“ zu kennzeichnen.

Darüber hinaus muss durch Abgrenzungen deutlich gemacht werden, dass das Gerüst nicht fertig gestellt ist und somit nicht betreten werden darf.

Jeder Nutzer von Gerüsten hat durch eine „fachlich geeignete Person“ vor Arbeitsaufnahme den ordnungsgemäßen Zustand zu prüfen und ihn zu erhalten.

Bei festgestellten, arbeitsschutzrelevanten Mängeln dürfen das Gerüst bzw. der betreffende Gerüstbereich nicht betreten werden und ist für andere zu sperren. Die Bauleitung des AG ist umgehend über die Mängel zu informieren. Mitarbeiter sind vor Gerüstbenutzung zu unterweisen.

Das Anbringen von Anstell- / Anlege- oder Schwenkarmaufzügen o. ä. Einrichtungen am Gerüst, müssen zuvor mit dem Gerüstersteller sowie der Bauleitung des AG und dem Koordinator abgesprochen werden.

Veränderungen am Gerüst dürfen nur vom Gerüstersteller bzw. nach Absprache / Arbeitsfreigabe mit der Bauleitung des AG und dem Koordinator vorgenommen werden.

Durch die Bauleitung des AG und den Koordinator zugelassene Veränderungen sind nach Erfüllung der Arbeitsaufgabe in den ursprünglichen Zustand zu versetzen. Bauleitung des AG und Koordinator sind zu informieren.

Für Fahrgerüste gilt dies sinngemäß, eine Aufbau- und Verwendungsanleitung muss für jedes Gerüst auf der Baustelle vorliegen. Bei Klein- oder fahrbaren Gerüsten ist auf den dreiteiligen Seitenschutz sowie auf entsprechende Standsicherheit zu achten.

Grundsätzlich müssen Arbeitsplätze und Verkehrswege mit einer Absturzhöhe von mehr als 1,00 m bzw.

2,00 m bzw. 5,00 m durch entsprechende Sicherheitseinrichtungen gesichert werden (DGUV-V 38, § 12 (1)).

Gleichermaßen gelten ggf. weitere Sicherheitsvorschriften wie z. B. TRBS 2121 sinngemäß. Für diese Maßnahmen muss der Auftragnehmer sorgen und sie durch eine befähigte Person abnehmen lassen.

Gefahrenbereiche unterhalb solcher hochgelegener Arbeitsplätze bzw. Verkehrswege sind abzusperren und zu kennzeichnen. Andere / betroffene Gewerke sind darüber zu informieren.

Jedes Abbruch-, Bau- / Montageunternehmen ist für eine laufende Kontrolle von Abdeckungen der Deckenöffnungen, Geländer an Treppen, Bühnen, Abschränkungen etc. in ihrem Arbeitsbereich und ihrer aufgestellten Rüstungen verantwortlich.

Es ist ohne ausdrückliche Zustimmung des Bauherrn untersagt, Werbetafeln, Schilder etc. am Gerüst anzubringen. Hierfür muss ein schriftlicher Antrag an die Bauleitung gestellt werden, dem statischer Nachweis über die Unbedenklichkeit der vorgesehenen Einrichtung beigelegt ist.

2.2.6. Leitern

Die Benutzung einer Leiter als hochgelegener Arbeitsplatz ist auf Umstände zu beschränken, unter denen die Benutzung anderer, sicherer Arbeitsmittel wegen der geringen Gefährdung und wegen der geringen Dauer der Benutzung oder der vorhandenen baulichen Gegebenheiten, die der Arbeitgeber nicht ändern kann, nicht gerechtfertigt ist.

Deshalb ist vor der Entscheidung, eine bestimmte Arbeit von der Leiter aus durchführen zu lassen bzw. sie als Zugang zu einem hoch gelegenen Arbeitsplatz zu benutzen, im Rahmen der Gefährdungsbeurteilung zu ermitteln, ob nicht ein anderes Arbeitsmittel / ein anderer Zugang für diese Tätigkeit sicherer ist (z. B. Gerüste, fahrbare Gerüste, Plattform-, Podestleitern etc.).

Hinweise / Auszüge aus der DIN EN 131 „Leitern“ bzgl. Änderungen (Klassifizierung, strengere Tests, breiterer Stand):

Aus der Betriebssicherheitsverordnung:

„Die Benutzung einer Leiter als hochgelegener Arbeitsplatz ist auf Umstände zu beschränken, unter denen die Benutzung anderer, sicherer Arbeitsmittel wegen der geringen Gefährdung und wegen der geringen Dauer der Benutzung oder der vorhandenen baulichen Gegebenheiten, die der Arbeitgeber nicht ändern kann, nicht gerechtfertigt ist.“

Deshalb ist vor der Entscheidung, eine bestimmte Arbeit von der Leiter aus durchführen zu lassen bzw. sie als Zugang zu einem hoch gelegenen Arbeitsplatz zu benutzen, im Rahmen der Gefährdungsbeurteilung zu ermitteln, ob nicht ein anderes Arbeitsmittel / ein anderer Zugang für diese Tätigkeit sicherer ist (z. B. Gerüste, fahrbare Gerüste, Plattform-, Podestleitern etc.).

Hinweise / Auszüge aus der DIN EN 131 „Leitern“ bzgl. Änderungen (Klassifizierung, strengere Tests, breiterer Stand):

„Bei allen Leitern, die als Anlegeleiter genutzt werden können, ist nach der neuen Norm (anzuwenden ab Jan. 2018) ab einer Länge von 3 m eine Standverbreiterung nötig.

Durch diese neue Anforderung sind bei mehrteiligen Leitern einige Funktionen nicht mehr uneingeschränkt verfügbar:

- *Wenn die Möglichkeit besteht, einzelne Leiterteile (Länge > 3 m) separat zu verwenden, muss jedes einzeln verwendbare Leiterteil über die notwendige Mindestfußbreite verfügen*
- *Bei Mehrzweckleitern, die eingefahren länger als 3 m sind, kann die Oberleiter nicht mehr separat genutzt werden; diese Leitern sind auch nicht mehr treppengängig einsetzbar“.*

Leitern als hochgelegener Arbeitsplatz

- Arbeiten dürfen von Leiterstufen oder einer Plattformleiter dauerhaft nur bis zu einer Standhöhe von 2 m ausgeführt werden. Liegt die Standhöhe zwischen 2 m und 5 m, dürfen Arbeiten auf der Leiter maximal für 2 Stunden pro Arbeitsschicht durchgeführt werden.
- Oberhalb von 5 m sind Arbeiten von Leitern aus unzulässig.
- Bei der Verwendung einer Leiter als hochgelegener Arbeitsplatz muss der Beschäftigte nun stets mit beiden Füßen auf einer Stufe (min. 80 mm Auftrittsfläche) oder Plattform stehen.
- Die Verwendung von Sprossenleitern ist nur in Ausnahmefällen (z. B. in engen Schächten) zulässig.

- Eine Leiter ist vor jeder Verwendung fachkundig durch Inaugenscheinnahme auf offensichtliche Mängel zu kontrollieren. Werden Leitern hohen mechanischen Beanspruchungen ausgesetzt (das ist z.B. auf Baustellen immer der Fall) sind sie darüber hinaus regelmäßig zu prüfen. Diese Prüfung muss dokumentiert werden. Leitern, welche sicherheitsrelevante Mängel aufweisen, dürfen nicht verwendet werden.

Leitern als Verkehrsweg

- Bei der Verwendung einer Leiter als Verkehrsweg (Zu- und Abgang von hoch gelegenen Arbeitsplätzen) gilt: Leitereinsatz von Stufen- oder Sprossenleitern bis max. Höhenunterschied von 5 m zulässig.
- Wird die Sprossen- oder Stufenleiter als Zugang nur sehr selten benutzt, dürfen diese Leitern auch bei mehr als 5 Metern Höhenunterschied verwendet werden.

Darüber hinaus gilt u. a.:

- Gegen Ausgleiten, Umfallen, Umkanten, Abrutschen, Einsinken sichern
- Anlegewinkel beachten: Bei Stufenanlegeleitern 60°-70°, bei Sprossenanlegeleitern 65°-75°
- Keine Stehleitern als Anlegeleitern nutzen
- Leiter mind. 1m über Austrittsstelle hinausragen lassen
- Die obersten 3 Sprossen/Stufen nicht betreten

2.3. Arbeitsstoffe

Gehen die Beschäftigten eines Auftragnehmers mit Gefahrstoffen oder Gefahrstoffgütern um, müssen die rechtlichen Vorschriften zum Transport, zur Kennzeichnung, Verpackung, Lagerung und zum Umgang beachtet werden.

Die H- und P-Sätze (H-Sätze mit Hinweisen auf besondere Gefahren sowie P-Sätze mit Hinweisen zur Sicherheit) sowie Sicherheitsdatenblätter und Betriebsanweisungen müssen im Unternehmen vorhanden sein und dem Koordinator auf Verlangen zur Einsicht vorgelegt werden.

2.4. Arbeitszeit

Die Arbeitszeit richtet sich nach dem Arbeitszeitgesetz (ArbZG). Soweit hiervon Ausnahmegenehmigungen erforderlich werden, haben die Auftragnehmer diese bei der zuständigen Arbeitsschutzbehörde (z. B. Gewerbeaufsicht, sh. Angabe in der SiGe-Akte bzw. in der Vorankündigung) einzuholen und diese vorab mit der Bauleitung des AG abzustimmen.

Die Arbeitszeiten im Bereich des Krankenhauses sind grundsätzlich einzuhalten:

Montag bis Freitag 7:00 bis 19:00 Uhr, samstags nur nach Voranmeldung beim Bauherrn und der OÜ, sonn- und feiertags darf nicht gearbeitet werden.

Für die Durchführung lärmintensiver Arbeiten sowie weitere Einschränkungen sh. Pkt. 1.2

2.5. Persönliche Schutzmaßnahmen / Persönliches Verhalten

Die Beschäftigten aller beteiligten Auftragnehmer müssen die der jeweiligen Tätigkeit entsprechende persönliche Schutzausrüstung vorschriftsmäßig ver- bzw. anwenden.

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, diese Ausrüstung bereitzustellen und für die nötige Unterweisung und Kontrolle des Tragens zu sorgen.

Die persönliche Schutzausrüstung hat sich in einem sicheren, geprüften Zustand zu befinden.

Das Tragen von Arbeitsschutzschuhen (Klasse S3), Schutzhelm und Warnkleidung ist auf der gesamten Baustelle Pflicht!

Ausnahmen, im Zuge des Baufortschrittes, sind nur nach vorheriger schriftlicher Anfrage und Genehmigung durch die Bauleitung des AG bzw. Koordinator zugelassen.

Ist darüber hinaus weitere PSA erforderlich (z. B. Augen- oder Gesichtsschutz, Schutzkleidung, Gehörschutz, Atemschutz, PSA gegen Absturz usw.), hat der Auftragnehmer deren Benutzung sicherzustellen.

Neben den auf der Baustelle direkt beschäftigten Mitarbeitern der Auftragnehmer müssen auch die hier tätigen Bauleitung des AG, Fachingenieure, Architekten, Auftraggeber usw. bei Begehung der Baustelle entsprechende PSA, zumindest Sicherheitsschuhe, Schutzhelm und Warnweste tragen.

Personen ohne erforderliche persönliche Schutzausrüstung können durch die Verantwortlichen von der Baustelle verwiesen werden.

Die Verwendung von PSA gegen Absturz (PSAgA) ist nur für kurzfristige Tätigkeiten (Arbeiten geringen Umfangs) zulässig und wenn sich im Rahmen der Gefährdungsbeurteilung ergibt, dass eine technische (höhere) Schutzstufe gem. Maßnahmenhierarchie nicht möglich ist.

Die Arbeiten sind erst nach vorheriger Information / Arbeitsfreigabe der Bauleitung des AG, Abstimmung mit dem Koordinator aufzunehmen.

Der Vorgesetzte hat die ausreichend tragfähigen Anschlagpunkte festzulegen und die Beschäftigten über den sachgerechten und bestimmungsgemäßen Gebrauch der PSAgA zu unterweisen.

Beim Einsatz von PSAgA hat der AN geeignete Verfahren zur Rettung von Beschäftigten festzulegen.

2.6. Sonstige Maßnahmen

2.6.1. Personal

Die auf der Baustelle tätigen Beschäftigten müssen für die auszuführenden bzw. für die ihm übertragenen Arbeiten geeignet sein (Auswahlpflicht des Auftragnehmers).

Werden Beschäftigte eingesetzt, die der nationalen / deutschen Sprache nicht mächtig sind, muss ständig eine der nationalen / deutschen Sprache kundige, fachlich geeignete Person als Ansprechpartner vor Ort sein.

Alle auf der Baustelle tätigen Personen sind verpflichtet, im Rahmen ihrer Tätigkeit für Ordnung und Sauberkeit zu sorgen.

Beschäftigte, die gegen einschlägig bekannte Arbeitsschutzvorschriften verstoßen oder den Anweisungen des Bauherrn oder seiner Beauftragten hierzu nicht Folge leisten, sind abzuverufen und zu ersetzen.

2.6.2. Drogenmissbrauch

**Generell ist der Genuß von Alkohol und sonstigen Rauschmitteln sowie das Arbeiten unter Alkoholeinfluß und sonstigen Rauschmitteln auf der Baustelle strikt untersagt.
In Gebäuden gilt ein generelles Rauchverbot.**

2.6.3. Essen und Trinken / Genussmittel

Der Verzehr von Lebensmitteln (Essen und Trinken) ist vorzugsweise in den dafür vorgesehenen Pausen- und Bereitschaftsräume zu nutzen.

Auf der Baustelle, insbesondere in den Gebäuden gilt ein generelles Rauchverbot. Für das Rauchen sind ebenfalls die dafür eingerichteten bzw. vorh. Raucherecken zu nutzen.

2.6.4. Arbeitsmedizinische Vorsorge

Der Nachweis über arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen für Beschäftigte, die auf der Baustelle tätig werden und Arbeiten mit z. B. gesundheitsschädlichen Einwirkungen ausführen, muss dem jeweiligen Auftragnehmer vorliegen. Die Beschäftigten müssen auch hier für die Tätigkeiten fachlich geeignet sein. Der Koordinator ist berechtigt, die entsprechenden Nachweise / Dokumente einzusehen.

2.6.5. Verursacherprinzip

Generell gilt:

Der Verursacher, der Gefahrenquellen schafft, muss auch die notwendigen Vorkehrungen zum Schutze Dritter treffen bzw. ist auch für die Beseitigung der Gefahrenquelle verantwortlich!

3. Baustellenbezogene, organisatorische Maßnahmen

3.1. Baustelleneinrichtung / Baustelleneinrichtungsplan

Der jeweilige Auftragnehmer darf sich nur auf den zugewiesenen Flächen auf der Baustelle einrichten. Baustelleneinrichtungen sind rechtzeitig vor Arbeitsaufnahme mit der Bauleitung des AG, ggf. unter Einbeziehung des Koordinators abzustimmen.

Die Baustelle darf nur über gekennzeichnete Zugänge betreten bzw. verlassen werden. Verkehrsflächen sind bei Erf. besonders zu kennzeichnen. Der Baustelleneinrichtungsplan ist zu beachten, sh. auch Zif. 3.6. Auf der Baustelle gilt grundsätzlich die nationale Straßenverkehrsordnung.

Zufahrtsmöglichkeiten für Feuerwehr-, Rettungs-, Polizei – und sonstige Hilfsfahrzeuge sowie alle notwendigen Zuwegungen zu den vorhandenen Krankenhauseinrichtungen sind außerhalb und innerhalb der Gebäude unbedingt und jederzeit freizuhalten.

Generell müssen alle Verkehrswege auf der Baustelle frei von Kabeln, Materialien und sonstigen Hindernissen vorgehalten werden.

Grundsätzlich bestehen Flucht- und Rettungswege für die gesamte Dauer der Bautätigkeit. Sie müssen den Beschäftigten aller beteiligten Auftragnehmer bekannt sein und bei Erf. gemäß ASR A 1.3 gekennzeichnet sein.

Druckgasflaschen und Gefahrstoffe sind in geeigneten Behältern bzw. Flächen zu lagern; aktive Flaschen sind zu sichern.

Standorte, Größen und Schwenkbereiche von Krananlagen sind vom AN rechtzeitig mit der Bauleitung eigenverantwortlich abzustimmen.

Arbeiten im und um bestehende Gebäudeteile des Krankenhauses die in Betrieb sind (z. B. Umbau-, Anbaubereiche, Übergänge „Alt / Neu“ etc.) sind abzugrenzen und dauerhaft staubdicht zu halten.

Der Baustelleneinrichtungsplan sollte folgende Inhalte haben:

- Absicherung der Baustelle
- Anzahl und Lage der Baustellenunterkünfte, Magazine und Lagerplätze
- Standorte Kräne und Angabe der Schwenkbereiche
- Standorte von sonstigen stationären Baumaschinen und Anlagen
- Wege für Geh- und Fahrverkehr
- Anzahl und Lage der Versorgungsanlagen (Strom, Wasser, Gas) für die Baustelle
- Entsorgungseinrichtungen
- Definition/Angabe der Baustellenein- und Ausfahrt
- Einflugschneisen Hubschrauberlandeplatz

Detaillierte Informationen über die Inhalte der Baustelleneinrichtung sind dem Baustelleneinrichtungsplan zu entnehmen.

Materialien, Maschinen und Geräte usw. sind dem Arbeitsfortschritt entsprechend seitens der Auftragnehmer auf die Baustelle zu bringen. Die Auftragnehmer müssen die angelieferten Materialien und Geräte so sicher lagern, dass andere Auftragnehmer nicht negativ beeinflusst werden.

Für die Anlieferungsart, Standort sowie Auf- und Abladearbeiten muss mit den anderen Auftragnehmern eine Koordination erfolgen, darüber hinaus ist bzgl. des erforderlichen Ablaufes eine Abstimmung mit der Bauleitung des AG sowie dem Koordinator erforderlich. Dies gilt z. B. für Schwertransporte.

Die benutzten Flächen sind nach der Räumung in ihren ursprünglichen Zustand zu versetzen, soweit der Vertrag nichts Anderes vorsieht.

3.2. Winterbau, winterfeste Arbeitsplätze

Einsatz von persönlicher Schutzausrüstung (PSA) ist bei tiefen Temperaturen unerlässlich. Die Gestaltung der Arbeitszeit und der Pausenregelung muss durch den Auftragnehmer geregelt werden. Bei tiefen Temperaturen muss den Arbeitnehmern die Gelegenheit gegeben werden, zum Aufwärmen einen beheizten Raum (21°Grad) aufzusuchen. Arbeitsplätze sind gem. der Arbeitsstättenverordnung sowie den Technischen Regeln für Arbeitsstätten zu gestalten. Auch hier hat der AN durch die Gefährdungsbeurteilung die Gefährdungen zu ermitteln und Maßnahmen festzulegen, um Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit sicherstellen zu können.

Im Winter hat jeder Auftragnehmer der Räum- und Streupflicht für die ihm zugewiesenen Flächen und Arbeitsplätze nachzukommen. Schnee auf Verkehrswegen und Arbeitsplätzen räumen. Abstumpfende oder auftauende Mittel bei Vereisung einsetzen. Die Verwendung wassergefährdender Stoffe ist unzulässig.

(siehe z. B. Hinweis / Broschüre der BG Bau „Sicher und gesund durch den Winter“).

3.3. Reinhaltung der Baustelle und Arbeitsstätten

Die Arbeitsstätten sind nach Erfordernis oder nach Aufforderung der Bauleitung des AG, mindestens jedoch wöchentlich, durch die Auftragnehmer zu reinigen. Die Technischen Regeln für Arbeitsstätten (ASR) sind zu beachten. Alle Auftragnehmer sind verpflichtet, die Baustellenbereiche sowie die ihnen zugewiesenen Flächen und Einrichtungen des Bauherrn / AG in ordentlichem Zustand zu halten. Brennbare Abfälle sind täglich von der Baustelle zu entfernen.

Kurzfristige Zwischenlagerung von Materialien auf der Baustelle sind jederzeit gegen Wegfliegen / Herabfallen zu sichern, bei Erf. ist ein ausreichender Abstand (> 10m) zu bestehenden Gebäuden einzuhalten.

Verunreinigungen sind unverzüglich zu beseitigen. Insbesondere ist von allen beteiligten Auftragnehmern darauf zu achten, dass die Verkehrs- und Rettungswege auf der Baustelle nicht durch Baustoffe, Werkzeug, unstrukturierte Kabelführungen („Kabelsalat“) usw. versperrt sind. **Stolperquellen usw. müssen vermieden werden.** Siehe auch Ziff. 1.18.

3.4. Anweisungen

3.4.1. Allgemeines

Jeder Auftragnehmer hat für Arbeiten, für die nach den einschlägigen Vorschriften und Bestimmungen Arbeitsanweisungen und Gefährdungsbeurteilungen zu erstellen sind, seinen Beschäftigten diese in geeigneter Form schriftlich zu übermitteln. Die §§ 3, 4, 5 und 6 ArbSchG sind zu beachten.

Dem Koordinator ist auf Anforderung eine Kopie der Arbeitsanweisungen zu übergeben.

Im Einzelnen müssen Angaben über den Arbeitsablauf, den Einsatz von Geräten und Maschinen, die Standsicherheit von Bauwerken, Bauteilen und Hilfskonstruktionen, die Gefahrenbereiche, Verkehrswege sowie Absturzsicherungen für Personen an hochgelegenen Arbeitsplätzen enthalten sein.

3.4.2. Rückbau-, Demontearbeiten / Rückbau-, Demontageanweisungen

Vor Beginn von Rückbau- oder Demontearbeiten (z.B. Anschluss an die bestehende Fassade) muss der Unternehmer eine entsprechende Rückbau-, Demontageanweisung gemäß Angabe in der entsprechenden DGUV-V 38 „Bauarbeiten“ erstellen, in der die erf. Schutzmaßnahmen der Beschäftigten, der Arbeitsablauf sowie der geplante Geräteeinsatz dargestellt wird. Diese Arbeitsanweisungen sind rechtzeitig vor Beginn der Arbeiten dem Koordinator zur Kenntnisnahme zu übersenden.

Gefahrenbereiche sind durch Absperreinrichtungen gegen unbefugten Zugang zu sichern.

Es ist darauf zu achten, dass vor Arbeitsbeginn alle Medien, sofern erforderlich, lokalisiert und frei geschaltet / vom „Netz“ genommen werden. Die Termine erf. Abbrucharbeiten und der daraus erf. Schutzmaßnahmen sind vorab mit der BItg. des AG abzustimmen, dass gilt u. a. auch für besonders lärmintensive Arbeiten.

Die weiter mitgeltenden Vorschriften im Zuge der Demontage und Entsorgung von vorhandenem kontaminiertem Material sind ebenfalls zu beachten und einzuhalten.

Alle auf der Baustelle eingesetzten Geräte und Maschinen sind dem neuesten Stand der Technik entsprechend der derzeit gültigen Lärmschutzvorschriften auszurüsten und zu betreiben. Die Vermeidung bzw. Reduzierung von Baulärm ist von allen Handwerkern als vorrangig zu betrachten. Nachweise für die Einhaltung der Emissions- und Immissionsrichtwerte sind vom AN auf Verlangen vorzulegen. Insbesondere wird hingewiesen auf die Geräte- und Maschinenlärmschutzverordnung (32. BImSchV). Rückwärtsfahrten sind auf ein Minimum zu reduzieren.

Aufgrund des unmittelbar angrenzenden Krankenhausbetriebes ist der Abbruch unter besonderer Berücksichtigung von Lärm- und Staubentwicklung durchzuführen. Die eingesetzten Geräte müssen die Zertifizierung gem. RAL-UZ 53 (Umweltzeichen/Blauer Engel) besitzen und sind in der beizufügenden Geräteliste zu benennen. Die bei der Be- und Entladung von Containern auftretenden Lärmspitzen sind durch geeignete Maßnahmen (z.B. Auslegen mit schallhemmenden Einlagen, Unterlagen unter Stellfläche) zu minimieren.

Um eine Staubemission in geringstmöglichen Grenzen zu halten, sind die abzubrechenden Bereiche und das Verladegut generell (außer bei Regen) mit einem Sprühstrahl zu befeuchten. Der Sprühstrahl ist so zu dimensionieren, dass ein Auslaugeffekt vermieden wird.

3.4.3. Montagearbeiten / Montageanweisungen

Vor Beginn von Montagearbeiten hat der Auftragnehmer eigenverantwortlich den Einsatz von Geräten, die Reihenfolge der Arbeiten, das Zusammenfügen der Teile einschl. evtl. Hilfskonstruktionen, Art und Lage von Verkehrswegen und Arbeitsplätzen, Art der Schutzmaßnahmen und die dazu erforderlichen Arbeitsschritte und Maßnahmen festzulegen (Montageanweisung).

Die Angabe von Schutzmaßnahmen für die Beschäftigten sowie ggf. für Dritte/Fremdgewerke während der Montagearbeiten ist ebenfalls zu dokumentieren.

Montageanweisungen sind rechtzeitig vor Beginn der Arbeiten dem Koordinator zur Kenntnisnahme zu übersenden.

Montagearbeiten dürfen nur von fachlich geeigneten Personen durchgeführt werden, diese sind vom Auftragnehmer einzuweisen.

3.4.4. Arbeiten an vorhandenen / fertiggestellten Bauteilen

Vor Beginn von Arbeiten (z.B. Bohren, Stemmen usw.) an bereits fertiggestellten bzw. vorhandenen Bauteilen, hat der Auftragnehmer sorgfältig zu überprüfen, ob im Arbeitsbereich bestehende Leitungen, insbesondere Elektro-, Gas- und Wasserleitungen, vorhanden sind.

Die zugehörigen Planunterlagen über den Verlauf der Medien / Leitungen sind von der zuständigen Bauleitung des AG, alternativ vom zuständigen Fachingenieur bzw. Versorgungsunternehmen zu beschaffen und für die Planung der auszuführenden Arbeiten zu berücksichtigen.

In Betrieb befindliche Medien / Leitungen können eine erhebliche Gefahr darstellen.

Arbeiten in der Nähe von solchen Gefährdungspunkten dürfen u. U. nur ausgeführt werden, wenn ein Vertreter des zuständigen Fachingenieurs oder Versorgungsunternehmens oder eine andere qualifizierte Fachkraft die Arbeiten überwacht.

In Betrieb befindliche Leitungen müssen für die Dauer der vorgesehenen Arbeiten außer Betrieb genommen werden.

Erforderliche Abweichungen der vorgenannten Aussagen bedürfen der schriftlicher Genehmigung der zuständigen Bauleitung des AG.

3.4.5. Arbeitsfreigaben

U. a. sind für folgende gefährliche Arbeiten sowie für besonders gefährliche Arbeiten nach Anhang II der Baustellenverordnung Arbeitsfreigaben erforderlich:

- Feuer- und Heißenarbeiten (z.B. Schweiß- und Lötarbeiten, Arbeiten mit Funkenflug)
- Arbeiten an elektrischen Anlagen
- Arbeiten mit Hebezeugen (z.B. Kräne)
- Arbeiten in engen Räumen (z.B. Schächte)
- Arbeiten in feuer- und explosionsgefährdeten Bereichen
- Arbeiten in Bereichen mit temporär unwirksamen (z.B. entfernten) Sicherheitseinrichtungen

Die Freigaben sind bei der Bauleitung des AG, ggf. in Abstimmung mit dem Koordinator einzuholen. Von der Bauleitung des AG, bzw. dem Koordinator festgelegte Maßnahmen / Hinweise sind dabei zu beachten und umzusetzen. Weitere baustellenspezifische gefährliche Arbeiten sind bei Bedarf bitte zu ergänzen!

3.5. Baustellensicherung

Der Sicherheits- und Gesundheitsschutzplan (SiGe – Plan) muss von allen beteiligten Auftragnehmern beachtet und eingehalten werden.

Die Baustellensicherung einschl. Vorhaltung und Instandhaltung ist jeweils Leistung des hierfür beauftragten Auftragnehmers.

Es muss grundsätzlich sichergestellt sein, dass Unbefugte während und außerhalb der Arbeitszeiten die Baustelle nicht betreten können, dieses gilt z. B. auch während einer eventuellen Schlechtwetterzeit.

Die Arbeitsbereiche sind so zu sichern und zu kennzeichnen, dass eine Gefährdung und Behinderung unbedingt vermieden wird.

Alle Baugeräte müssen vor unbefugtem Betreten und vor unbefugter Inbetriebnahme durch die Verantwortlichen der jeweiligen Auftragnehmer gesichert werden.

Der gesamte Baustellenbereich einschl. der Lagerflächen für Baustoffe usw. ist durch geeignete Sicherungsmaßnahmen (z. B. Bauzaun) vor unbefugtem Betreten zu sichern.

Hierfür ist der beauftragte Auftragnehmer verantwortlich.

Der tägliche Verschluss der Baustellenzugänge und –zufahrten usw., das Öffnen vor Arbeitsbeginn bzw. das Verschließen nach Arbeitsende ist unter den Auftragnehmern zu organisieren.

Die AN sind verpflichtet, Sicherungsmaßnahmen nicht unbefugt zu verändern oder zu entfernen.

3.5.1. Baustellenbesucher

Besichtigungen und Führungen von baustellenfremden Personen müssen bei der Bauleitung des AG angemeldet werden und erfordern die vorige Freigabe.

Für Besucher sind die auf der Baustelle geltenden Sicherheitsbestimmungen verbindlich. Baustellenbesucher müssen während einer eventuellen Baustellenbegehung mind. Sicherheitsschuhe und Schutzhelm sowie Warnweste tragen. Dieses gilt auch für alle Fachingenieure, Planer usw., sh. auch unter Ziff. 1.12 und 2.5.

3.5.2. Verkehrssicherungen

Baustellen müssen gegenüber dem öffentlichen und internen Verkehr abgesichert werden. Die Baustellenzufahrt erfolgt über den Dohuser Weg in die ausgewiesene Baustraße. Die erf. Beschilderung etc. erfolgt ebenfalls bauseits und ist für alle AN aufrecht zu erhalten und zu beachten. Sh. hierzu generell Ziff. 3.1 und 3.6.

3.6. Baustellenverkehr

Das Betreten und Befahren der Baustelle ist nur zur Erfüllung des Auftrags der beteiligten Auftragnehmer gestattet.

Rückwärtsfahrten sind tunlichst zu vermeiden und nur in Ausnahmefällen erlaubt. Für Rückwärtsfahrten besteht Einweiserpflicht. Baufahrzeuge sollten darüber hinaus eine optische und akustische Warneinrichtung beim Rückwärtsfahren besitzen.

Sicherungsaufgaben (z. B. Warnposten) dürfen nur von Personen ausgeführt werden, die das 18. Lebensjahr vollendet haben und die Ihre Aufgaben zuverlässig ausführen.

Während der Sicherungsaufgaben dürfen keine weiteren Tätigkeiten ausgeführt werden.

Ladungen auf Fahrzeugen sind zu sichern, Zufahrten sind freizuhalten.

Die Baustelle darf nur durch die gekennzeichneten Zufahrten / Abfahrten / Zugänge / Abgänge befahren bzw. betreten und verlassen werden. Die Zufahrt bzw. das Abstellen von privaten Kfz ist im Baubereich nicht erlaubt, sh. auch Zif. 3.1.

Verkehrsflächen dürfen nicht durch Bau- und Montagearbeiten beeinträchtigt werden. Zufahrten und Wege dürfen nicht durch Fahrzeuge oder Lagerung von Materialien blockiert werden. Ausnahmen sind mit der Bauleitung des AG, ggf. in Abstimmung mit dem Koordinator zu vereinbaren.

Die Auftragnehmer sichern alle Baugeräte und Gerüste vor unbefugtem Betreten und vor unbefugter Inbetriebnahme durch ihre jeweiligen Verantwortlichen.

Materialien, Maschinen und Geräte sind dem Arbeitsfortschritt entsprechend auf die Baustelle zu bringen.

Anlieferungsart, Standort sowie Auf- und Abladearbeiten sind mit der Bauleitung des AG, ggf. zusammen mit dem Koordinator, abzustimmen. Dies gilt z.B. für Schwertransporte.

Nach Abschluss der Arbeiten ist die Baustelle unverzüglich zu räumen.

Die Verkehrsflächen im Baustellenbereich sind von den tätigen Gewerken stets verkehrssicher und sauber zu halten, so dass eine sichere Benutzung für alle Beteiligten gewährleistet ist.

Verschmutzungen außerhalb des Baustellenbereiches, z. B. im Bereich der Baustellenausfahrt durch Baustellenfahrzeuge, sind vom zuständigen AN unverzüglich zu beseitigen.

3.7. Tagesunterkünfte (Pausen- und Bereitschaftsräume), sanitäre Anlagen und Waschstellen auf Baustellen

Für die Anzahl und die Anforderungen an die Räumlichkeiten gelten die Regelungen der Arbeitsstättenverordnung und der dazugehörigen Technischen Regeln für Arbeitsstätten (ASR A4.1 „Sanitärräume“, ASR A4.2 „Pausen- und Bereitschaftsräume“ bzw. ASR A4.4 „Unterkünfte“) sowie die vorh. SARS-CoV-2 Arbeitsschutzmaßnahmen/-empfehlungen in Ihrer aktuellen Fassung, sofern noch zutreffend.

3.8. Baustellenversorgung

Die Versorgungsanlagen (z. B. Strom, Wasser, Gas usw.) müssen bestimmungsgemäß genutzt werden. Die einschlägigen Sicherheits- und Gesundheitsschutzvorschriften müssen beachtet werden.

3.8.1. Baustromversorgung

Die Anforderungen der DGUV-V 3 „Elektrische Anlagen und Betriebsmittel“ sind für alle technischen Anlagen der Baustromversorgung auf der Baustelle bindend. Auf Anforderung sind die erforderlichen Nachweise dem Koordinator vorzulegen.

Eigenmächtige Eingriffe oder Veränderungen der Baustromverteilung sind nicht zugelassen. Notwendige Änderungen sind mit der Bauleitung des AG, ggf. auch mit dem Koordinator, rechtzeitig abzustimmen.

Kabelführungen, Aufhängungen etc. müssen den EDV- bzw. UVV-Bestimmungen entsprechen. Die Anlage muss sorgfältig geerdet werden. Hauptstromkabel zur Versorgung des Baustromverteilers sind besonders zu kennzeichnen und zu schützen. (z.B. Bauzaun, hochgelegte Trasse, ...). Kabellängen für Baustrom sollen 35 m nicht überschreiten.

3.8.2. Baustellenbeleuchtung

An Arbeitsplätzen im Hochbau sind die Mindestforderungen der Arbeitsstättenrichtlinie (ASR A3.4 "Beleuchtung") einzuhalten.
Für die Beleuchtung der Arbeitsplätze ist jeder Auftragnehmer selbst verantwortlich.

3.9. Baustellenentsorgung, Wasserhaltung

Die Entsorgungsanlagen müssen bestimmungsgemäß genutzt werden.
Werden Wasserhaltungsarbeiten erforderlich, müssen Pump- und Schluckbrunnen oder Vorfluter samt der erforderlichen Rohrleitungen in ausreichender Anzahl und in geeigneter Lage erstellt werden.
Die Bauschuttentsorgung muss mittels bereitzustellender Container durch die Unternehmen getrennt bzw. nach Absprache gemeinsam erfolgen.
Die Container dürfen nur entsprechend den Abfallentsorgungsvorschriften und den Containerbezeichnungen beschriftet werden. Sh. hierzu auch Zif. 8.

4. Brand- und Explosionsschutz

Zu den Aufgaben des Auftragnehmers gehört die Durchsetzung der Brand- und Explosionsschutzmaßnahmen.

Jeder Auftragnehmer muss die für seinen Arbeitsbereich erforderlichen Brand- bzw. Explosionsschutzmaßnahmen mit der Bauleitung des AG abstimmen.

Bzgl. Brandschutz gelten die einschlägigen Vorschriften für die einzelnen Gewerke in den DGUV's bzw. der Feuerwehr. Diese sind den Beschäftigten der auf der Baustelle tätigen Auftragnehmer durch die jeweiligen Bauleitungen der Auftragnehmer mitzuteilen.

Bei feuergefährlichen Arbeiten (**z. B. Schneiden, Schweißen, Flexen etc.**) in bestehenden und neu zu erstellenden Bauwerken ist eine Arbeitsfreigabe (z. B. durch ein Erlaubnisschein für den ausführenden Mitarbeiter unter Vorlage der gültigen Schweiß-Zeugnisse) erforderlich und über die zuständige Bauleitung bzw. Fachbauleitung des AG zu beantragen. Diese ist vom ausführenden AN unaufgefordert vor Beginn der Arbeiten dem Koordinator vorzulegen.

Sicherheitsmaßnahmen müssen schriftlich festgelegt werden.

Generell ist in allen Bauphasen für einen ausreichenden (vorbeugenden) Brandschutz zu sorgen, d. h. die beteiligten AN müssen im Rahmen ihrer Arbeitsschutzpflichten für eine ausreichende Anzahl von funktionstüchtigen und geprüften Feuerlöschern in unmittelbarer Nähe bei der Ausübung der Tätigkeiten sorgen.

Die Beschäftigten müssen im Gebrauch der Löscheinrichtungen unterwiesen sein und sonstige Schutzmaßnahmen, bezogen auf die konkreten Arbeiten, kennen.

Die Einhaltung der Maßnahmen ist von den Aufsichtsführenden der AN zu kontrollieren.

Leicht entzündliche oder selbstentzündliche Stoffe dürfen nur in Mengen, die für den Fortschritt der Arbeiten erforderlich sind, am Arbeitsplatz vorgehalten werden. An diesen Arbeitsstätten hat der Auftragnehmer ebenfalls geeignete Löscheinrichtungen bereitzustellen.

Druckgasflaschen / Druckbehälter dürfen nicht in Verkehrswegen gelagert werden und sind immer gegen Umfallen / Wegrollen zu sichern.

Brandgefährdete Bereiche sind entsprechend den Unfallverhütungsvorschriften DGUV-V 1, der Arbeitsstättenverordnung und der ASR A2.2 „Maßnahmen gegen Brände“ zu kennzeichnen und zu sichern.

Mit Ausnahme von Bränden, die offensichtlich mittels vorhandener Feuerlöscher gelöscht werden können, ist die örtliche Feuerwehr umgehend zu informieren. In Zweifelsfällen ist diese zwingend immer zu informieren. Generell sind alle Brände, auch wenn diese mittels vorh. Löscheinrichtungen oder Feuerlöschern gelöscht werden konnten, dem Auftraggeber und der Bauleitung des AG unverzüglich zu melden.

Sofern für Arbeiten im Bestand (z. B. Anbindungen an den Bestand) vorh. Brandmeldeanlagen aufgrund staubbildender Arbeiten etc. temp. außer Betrieb genommen werden müssen, ist die Außerbetriebnahme rechtzeitig anzukündigen. Die temp. Außerbetriebnahme sowie die Wiederinbetriebnahme erfolgt ausschließlich durch die Technikabteilung des Krankenhauses (AG).

Das Brandschutzkonzept während der Bauphase ist zu berücksichtigen.

5. Blitzschutz

Der Auftragnehmer, dessen Einrichtungen zu erhöhter Blitzschlaggefahr führen (z.B. Krane oder ähnliches), hat die entsprechenden VDE-Vorschriften einzuhalten und fachgerechte vorbeugende Blitzschutzmaßnahmen vorzusehen.

6. Lärmschutz, Erschütterungen

Arbeiten, bei denen die zulässigen Lärmgrenzwerte (Immissionen) überschritten werden, sind zur Vermeidung gegenseitiger Gefährdungen und Beeinträchtigungen dem Koordinator zu melden.

Seitens der verursachenden Auftragnehmer sind geeignete Schutzmaßnahmen vorzusehen.

Es dürfen nur solche Geräte eingesetzt werden, die die geltenden Emissionswerte nach § 6 BimSchG und der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift gegen Baulärm gewährleisten.

Die Arbeitszeiten im Bereich des Krankenhauses sind grundsätzlich einzuhalten:

Montag bis Freitag 7:00 bis 19:00 Uhr, samstags nur nach Voranmeldung beim Bauherrn und der Bauleitung des AG, sonn- und feiertags darf nicht gearbeitet werden.

Weitere Einschränkungen im Bereich des Krankenhauses siehe Vorbemerkungen in den Ausschreibungen.

7. Erste Hilfe / Notrufliste / Sanitätsraum

Auf der Baustelle sind eigenverantwortlich Erste-Hilfe-Einrichtungen in ausreichender Anzahl einzurichten. Abhängig von der Betriebsgröße haben die beteiligten Auftragnehmer Ersthelfer in ausreichender Anzahl zu stellen und diese dem SiGe-Ko zu benennen.

Jeder Auftragnehmer hat für seinen jeweiligen Zuständigkeitsbereich sicherzustellen, dass die Anforderungen gem. Arbeitsstättenverordnung und den Berufsgenossenschaftlichen Vorschriften gewährleistet sind. Es gelten hierbei u. a. die Bestimmungen der DGUV-V 1 „Grundsätze der Prävention“. Die Organisation der Ersten Hilfe usw. obliegt dem jeweiligen Auftragnehmer eigenverantwortlich (gem. DGUV-V 1, DGUV-I 204-022 „Erste Hilfe im Betrieb“ bzw. ASR A4.3 „Erste-Hilfe-Räume, Mittel und Einrichtungen zur Ersten Hilfe“).

Auf der Baustelle werden die erforderlichen Notrufnummern (Krankenhaus, Durchgangsarzt, Augenarzt, Polizei, Feuerwehr usw.) an geeigneter Stelle (witterungsgeschützt) veröffentlicht.

Den auf der Baustelle tätigen Mitarbeitern sind diese Unterlagen von allen Auftragnehmern bekannt zu machen. Darüber hinaus sind diese Angaben auch im SiGe-Ordner enthalten.

Die Notaufnahme des Krankenhauses kann im Bedarfsfall jederzeit aufgesucht werden.

Für Notfälle, die einer ärztlichen Behandlung bedürfen (auch Arbeitsunfälle), stehen die Anlaufstellen (z. B. Chirurgische Notfallaufnahme, Durchgangsarzt) zur Verfügung.

8. Umweltschutz / Boden- und Gewässerschutz / Abfall

Jeder Auftragnehmer ist verpflichtet, seinen anfallenden Abfall zu beseitigen. Das Verbrennen von Abfällen ist verboten. Besonders überwachungsbedürftige Abfälle sind getrennt zu lagern und umgehend sach- und fachgerecht zu entsorgen.

Hierbei sind u. a. die Bestimmungen Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes sowie die Vorgaben der Nachweisverordnung von den Auftragnehmern einzuhalten.

Kommt der Auftragnehmer seiner Abfallbeseitigungspflicht nicht nach, behält sich der Auftraggeber vor, die ihm durch die Abfallbeseitigung entstehenden Kosten nach dem Verursacherprinzip weiterzuberechnen.

Abwässer aus Reinigungsvorgängen sind aufzufangen und vom Auftragnehmer zu entsorgen. Bei Zuwiderhandlung behält sich der Auftraggeber Maßnahmen zu Lasten des Verursachers vor.

Bei Schadstoffunfällen (Auslaufen von z. B. Öl, Hydrauliköl, Diesel usw.) während der Baumaßnahmen, sind Sofortmaßnahmen zur Begrenzung der Umweltschäden einzuleiten, d. h. z. B.:

- Stoppen der Emissionen
- Abgrenzen des Immissionsortes
- Entfernen der kontaminierten Bestandteile
- Kontrolle des Immissionsortes

Es ist sicherzustellen, dass im Zuge der Baumaßnahmen Verunreinigungen des Bodens, der Gewässer etc. vermieden werden.

Die Einleitung von flüssigen Stoffen in das Erdreich ist verboten.

Die Beschäftigten sind mit möglichen Schadstoffunfällen, Anwendungs- und Verarbeitungshinweisen der Bindemittel usw. vertraut zu machen.

Sofern zutreffend, dürfen nur ordnungsgemäß zugelassene Behälter (mobile Tankanlagen) verwendet werden.